



## Charaktertest für die Community

Die Folgen der Corona-Krise – Seite 4 bis 11

Aus dem Magazin:

### **Interview: »Die Community ist innovativ«**

CSD-Organisatorin  
Corinna Weiler über  
den Umgang mit der  
Corona-Krise

Seite 5 – 6

### **US-Wahlen: Warum Joe Biden unser Favorit ist**

Ein Bürgerlicher,  
den auch die Lesben  
und Schwulen  
wählen können

Seite 12 – 13

### **Sommerurlaub: Wenn wir jetzt reisen könnten**

Im Gay Travel Index  
liegen Kanada, Malta  
und Schweden auf dem  
ersten Platz

Seite 14



# Moin!

**W**as waren es noch für Zeiten, als „corona“ schlicht die lateinische Bezeichnung für einen Kranz, dann den Ehrenkranz und im Ergebnis die Krone war ... erinnert sich noch jemand?! In den letzten Wochen kommt mir eher eine andere, aus dem Militärischen entlehnte Bedeutung in den Sinn: Die Truppenkette als Einschließungslinie. Das scheint schon eher plausibel. Wir alle sind die Truppen, die das Virus einschließen sollen. Oder ist vielleicht das Virus auch die Truppenlinie, die uns alle einschließt – im Homeoffice, in der Selbstisolation, in der Quarantäne, ja als Gesellschaft und als Staat insgesamt. Ein winziger, noppengekrönter Ball hält uns alle an der kurzen Leine.

Wen wundert es also, wenn der kleine, allerdings hochgefährliche Quälgeist auch unseren Unicorn durchzieht?

**M**it Corinna Weiler vom hannoverschen „Andersraum e.V.“ sprachen wir über die Situation der Community in dieser Krise – nachzulesen auf den Seiten 5 und 6. Dass Corinna und das gesamte Andersraum-Team hochkreativ sind, wissen wir schon lange. Mit einer Online-Version vom Christopher Street Day (CSD) Hannover werden sie das nun sicher erneut unter Beweis stellen. Doch nicht alle CSDs können auf

diese neue Form ausweichen. Es gibt auch eine Reihe schmerzlicher aber notwendiger Absagen zu vermelden, die wir auf Seite 4 in unseren Corona-Meldungen zusammengefasst haben.

Natürlich hat die Corona-Pandemie auch finanzielle Folgen für LSBTI-Projekte und -Einrichtungen. Dass diese aber nicht der einzige Grund für monetäre Schieflagen ist, beleuchten wir auf den Seiten 7 und 8.

Schon vor dem Virus stellen sich manche osteuropäische Nachbarn als Sorgenkinder im Hinblick auf ihren Umgang mit Minderheiten im Speziellen und dem Rechtsstaat im Allgemeinen heraus. Nachdem wir uns in der vorherigen Ausgabe unseres Magazins ausführlich mit Polen beschäftigt haben, werfen wir auf der Seite 10 einen Blick ins Ungarn des Viktor Orbán.

**E**s gibt aber auch noch positive Nachrichten. Die Bundesverteidigungsministerin traf sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Interessengruppe queerer Soldaten und Angehöriger der Bundeswehr (queerBw) und bedauerte bei dieser Gelegenheit unter anderem die jahrzehntelange Benachteiligung von Homo- und Transsexuellen (Seite 9). Mit dem Rückzug von Bernie Sanders steht nun der ehemalige Vizepräsident Joe Biden als demokrati-

scher Herausforderer von Donald Trump fest. Warum er bei Lichte besehen ein liberaler Christdemokrat ist, erklären wir auf den Seiten 12 und 13. Wohin wir als LSBTI theoretisch reisen könnten oder sollten, wenn wir denn reisen dürften, erklärt uns der Gay Travel Index 2020, den wir auf Seite 14 vorstellen.

**A**uch die nächste Ausgabe unseres LSU-Magazins wird wohl nicht ganz coronafrei. Einen kleinen Ausblick auf anderen wichtige Themen geben wir aber auch schon. Bis dahin wünsche ich eine anregende Lektüre. Bleibt oder werdet gesund.



**Sven Alexander van der Wardt**  
Landesvorsitzender  
LSU in Niedersachsen

## Arbeit an der Zukunft der CDU

### Arbeitsgruppe befasst sich mit Vereinigungen

Die Struktur- und Satzungskommission der CDU Deutschlands hat am 30. März in einer Telefonkonferenz unter anderem über den Status der LSU diskutiert. Doch zu einem Ergebnis ist man noch nicht gekommen. Stattdessen wird sich nun eine Arbeitsgruppe mit dem gesamten Vereinigungssystem befassen, zu dem auch etwa die Junge Union oder die Frauenunion zählen. Am 18. Mai tagt die Strukturkommission das nächste Mal.

## Zerwürfnis in Trans-Community

### Die „dgti“ verlässt den Bundesverband Trans\*

Julia Steenken, niedersächsisches Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität (dgti), hat den Rückzug der dgti aus dem Bundesverband Trans\* bekanntgegeben. Dem staatlich finanzierten Dachverband wird vorgeworfen, seine Mitgliedsorganisationen nicht am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen, Hinweise zu Förderprogrammen nicht zu teilen und stets nur den eigenen Vorteil im Blick zu haben.

## Alexander Vogt im Interview

### LSU-Chef positioniert sich zum CDU-Vorsitz

Alexander Vogt, Bundesvorsitzender der LSU, hat dem Berliner Szene-Magazin „Siegessäule“ ein Interview gegeben. Darin äußert er sich zu der Frage, welchen Bewerber für den CDU-Vorsitz die Lesben und Schwulen in der Union favorisieren, wie sich die LSU zu steigender LSBTI-Feindlichkeit positioniert und wie mit der Thüringer Demokratiekrise umzugehen ist. Wer mehr wissen möchte, findet das Magazin unter [www.siegessaule.de](http://www.siegessaule.de).

## Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):  
Dr. Sven Alexander van der Wardt,  
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen  
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus  
Hindenburgstraße 30  
30175 Hannover

Facebook: @LSUinNiedersachsen

Abmeldung vom Newsletter:  
[alexander.vanderwardt@lsu-online.de](mailto:alexander.vanderwardt@lsu-online.de)



Foto: Steffen Böttcher/  
Screenshot Youtube



Foto: BVT\*/dgti



Foto: Siegessäule



Foto: LSU



Foto: LSU

## LSU-Stammtisch digital

### Hannovers LSU trifft sich bei Skype

Besondere Zeiten verlangen nach besonderen Formen. Aufgrund der Corona-Pandemie traf sich der hannoversche LSU-Stammtisch im April erstmals via Skype. Noch ist nicht absehbar, wie lange die Schutzmaßnahmen andauern werden. Deshalb ist zurzeit geplant, dass wir uns auch am 7. Mai um 19 Uhr wieder auf diese Weise treffen. Wer mitmachen möchte, kann sich bei Matthias Eitenbenz melden unter: [matthias.eitenbenz@lsu-online.de](mailto:matthias.eitenbenz@lsu-online.de)



Foto: Andersraum/CSD Hannover

## CSD Hannover geht online

### Kooperation mit Staatstheater geplant

Der CSD Hannover wird am 31. Mai digital stattfinden und einen ganzen Tag lang ein Programm mit Redebeiträgen, Kultur und Unterhaltung bieten. Corinna Weiler, CSD-Organisatorin: „Queere Bewegungen waren schon immer gut darin, in Krisen neue Wege zu finden, füreinander da zu sein. Deshalb sagen wir nicht einfach ab, sondern finden starke Partner, mit denen wir den CSD digital durchführen können.“ Mehr aus Seite 5 und 6.



Foto: CSD Nordwest

## Kein CSD in Oldenburg

### Verschoben auf 2021

Auch der CSD Nordwest hat seinen Demonstrationzug und das Straßenfest auf dem Schlossplatz abgesagt. Man prüfe noch, wie die politische Botschaft anderweitig verbreitet werden könne, hieß es in einer Mitteilung. Doch die Veranstalter haben auch direkt bekanntgegeben, dass der nächste CSD in Oldenburg erst am 19. Juni 2021 stattfinden wird. Eine Verschiebung, wie sie etwa in Hamburg geprüft wird, ist damit ausgeschlossen.



Foto: Sommerlochfestival

## Planungen frühzeitig eingestellt

### Neubewertung der Lage für später geplant

Schon am 31. März hat das Team vom Sommerlochfestival bekanntgegeben, dass sie die Planungen zum Straßenfest und Bühnenprogramm eingestellt haben. Die aktuell ungewisse Lage lasse nur wenig Raum für verlässliche Planungen, schreiben sie. Zu einem späteren Zeitpunkt solle neu bewertet werden, ob einzelne Teile des CSD Braunschweig doch noch durchgeführt werden könnten. Das Sommerlochfestival war für den 7. und 8. August geplant.

# »Innovativ, politisch und fürsorglich«

## Interview mit Corinna Weiler über die Community in der Corona-Krise

**LSU: Liebe Corinna, durch den öffentlichen Shutdown fehlen jetzt auch Beratungsangebote und Schutzräume. Was bedeutet das gerade für queere Menschen?**

Corinna Weiler: Menschen sind ganz verschieden von der Krise betroffen. Als Antidiskriminierungs- und Empowerment-NGO richtet sich unser Blick auf die, die besonders vulnerabel sind. An den europäischen Grenzen sitzen Menschen unter unvorstellbaren Bedingungen in Lagern fest. Europa muss handeln und sie endlich menschenwürdig unterbringen. In Deutschland fühlen sich viele Menschen, die auch sonst schon von racial profiling betroffen sind, noch unsicherer im öffentlichen Raum. Menschen, die als asiatisch gelesen werden, werden öffentlich beschimpft und für das Virus verantwortlich gemacht. Obdachlose Menschen haben weniger Zugang zu Hilfsangeboten und bekommen weniger Spenden im öffentlichen Raum, was ihre Not noch vergrößert.

Speziell für trans\* Menschen gilt, dass medizinische Termine und psychologische Gutachten, auf die teilweise seit Jahren hingearbeitet wurde, nun ausfallen müssen. Es gibt außerdem erste Meldungen, was die Knappheit bestimmter Medikamente angeht, wobei wir da keinen statistisch belastbaren Überblick haben.

Queere Jugendliche erfahren laut einer Studie des DJI (2016) in der engeren Familie noch immer massive Diskriminierung. 16,6 Prozent gaben zum Beispiel an, von



**Corinna Weiler** ist beim Andersraum Hannover Projektleiterin für den CSD Hannover und das Queere Jugendzentrum QueerUnity.

**„Die gravierenden Sorgen marginalisierter Menschen lösen sich während Corona ja nicht einfach in Luft auf. Was vorher schon schwierig war, wird jetzt umso härter.“**

ihren Eltern und Geschwistern wegen ihrer Identität beschimpft, beleidigt oder lächerlich gemacht worden zu sein. 2,9 Prozent erfahren physische Gewalt. Diese Jugendlichen müssen während Corona den Großteil ihrer Zeit zu Hause verbringen, wo die Stimmung in diesen Zeiten zusätzlich gereizt ist. Der Zugang zu Bera-

tungsstellen ist erschwert. Die ganz gravierenden Fälle werden oft von Lehrkräften, Ärzt\*innen und so weiter gemeldet, die nun auch keinen Kontakt zu Kindern und Jugendlichen haben.

Was auch vielfach wegfällt, sind Angebote für Menschen, die Drogen konsumieren, Sexarbeit anbieten, einen STI-Test machen möchten, Opfer von Hassverbrechen werden, oder auch einfach Beratung zu ihrem Coming-Out oder einem Kinderwunsch brauchen. Viele fühlen sich gerade auch sehr einsam.

Die gravierenden Sorgen marginalisierter Menschen lösen sich während Corona ja nicht einfach in Luft auf. Was vorher schon schwierig war, wird jetzt umso härter. Die Krise durchzieht alle Lebensbereiche. Umso wichtiger ist es, kreative Wege zu finden, um füreinander da zu sein.

**LSU: Aufgrund der Corona-Pandemie mussten auch der Andersraum und das QueerUnity schließen. Wie geht ihr mit dieser Situation um?**

Corinna: Am 13. März haben wir auf Anordnung der Landeshauptstadt unser Queeres Zentrum und unser Jugendzentrum geschlossen. Schon in den Tagen zuvor haben sich viele Leute, die zu uns kommen, sehr besorgt gezeigt. Gerade Jugendliche schrieben Nachrichten wie „Ich weiß gar nicht, was ich machen soll, wenn das Unity zu ist.“ Anfang März war noch sehr ungewiss, was passieren würde. Uns war aber klar, dass es unsere Verantwortung ist, für das Szenario einer zweitwei-

sen Schließung Angebote für die Zielgruppe bereit zu halten. Direkt am 13. März haben wir ein Virtuelles Queeres Jugendzentrum eröffnet, über das Gruppentreffen, Kultur und Austausch stattfinden. Es bildet die realen Räume des QueerUnity, zum Beispiel das Café, den großen Gruppenraum und das Musikzimmer virtuell ab und hat außerdem meme- und selfie-channel oder einen Kummerkasten. Das Angebot wird sehr gut angenommen. Außerdem treffen sich einige Gruppen des Queeren Zentrums online, zum Beispiel ‚Fit ohne Sprit‘, eine Gruppe zum Thema Sucht. Wir bieten Beratung über ein datensicheres Tool an. Menschen können unsere Bibliothek nutzen. Und nicht zuletzt haben wir ein breites Angebot an Webinaren und Streams.

[www.andersraum.de/stayathome](http://www.andersraum.de/stayathome)

### **LSU: Bedroht die Situation auch den Fortbestand der queeren Zentren? Wie kann man euch jetzt gerade unterstützen?**

Corinna: Für eine kleine Organisation wie unsere ist Corona ein harter Schlag. Uns fehlen Einnahmen, wobei viele Ausgaben weiterlaufen. Wie die Krise sich entwickeln wird und welche langfristigen Folgen sie hat, ist momentan schwer abzusehen. Werden unsere Ehrenamtlichen noch die Möglichkeit haben, sich einzubringen, oder müssen sie sich erst einmal um ihre eigenen Sorgen kümmern? Werden weiterhin Fördermittel zur Verfügung gestellt? Wann werden wir wieder unbeschwert in unseren Schutzräumen zusammenkommen können?

Es gibt viele Möglichkeiten, uns zu unterstützen. Die beste ist, Mitglied zu werden, denn als Mit-



Bleiben vorerst leer: der Andersraum (links) und der Opernplatz zum CSD (rechts)

glied sendet man ein klares Signal: Mir ist dieser Verein wichtig, weil ich sehe, dass er wichtige Arbeit leistet. Wenn jemand Mitglied wird, sehe ich das sofort in unserem System. Es bedeutet mir sehr viel und gibt mir zusätzliche Motivation, jeden Tag das Maximum für queere Communities zu leisten.

Spenden sind natürlich auch wichtig. Außerdem hilft es sehr, unsere Angebote zu teilen, zu kommentieren und weiterzuempfehlen. Ich freue mich auch, wenn Menschen mir sagen, was sie sich wünschen und was ich besser machen kann. Bringt euch ein!

[www.andersraum.de/mitglied-werden](http://www.andersraum.de/mitglied-werden)

### **LSU: Wir stehen kurz vor der Pride-Saison. Doch Großveranstaltungen wird es bis Ende August nicht geben. Habt ihr schon Ideen, wie wir als Community darauf reagieren können?**

Corinna: Ich habe seit Anfang März zahllose Anrufe und Nachrichten auf allen Kanälen erhalten, immer mit derselben Frage:

**„Der CSD ist nicht einfach nur ein Event, sondern für viele – auch für mich – ein Highlight des Jahres.“**

Findet der CSD statt? Das bewegt mich, weil es zeigt, wie wichtig der CSD der Community ist. Es ist nicht einfach nur ein Event, sondern für viele – auch für mich – ein Highlight des Jahres. Es ist offensichtlich, dass wir Ende Mai keine Großveranstaltung auf dem Opernplatz haben können. Doch der CSD findet statt – er wird digital und mit starken Partner\*innen durchgeführt. Einmal mehr setzen wir auf Kreativität, Synergien und Tatendrang. Queere Communities haben sich bewegungsgeschichtlich in Krisen schon häufig als innovativ, politisch und fürsorglich gezeigt. Wir bleiben auch in diesen Zeiten kämpferisch und sind füreinander da. 🌈

# Schwindet das Geld für queere Zentren?

## Warum der „Checkpoint queer“ Spenden sammeln musste

In der März-Ausgabe unseres Magazins haben wir darüber berichtet, dass Lüneburgs „queeres Zentrum“ mit einer Crowdfunding-Aktion Spendengelder eintreibt, um seine Arbeit fortsetzen zu können. Seit unserem Besuch des „Checkpoint queer“ im vergangenen Herbst wussten wir, dass es um die finanzielle Ausstattung des Zentrums nicht besonders gut bestellt ist. Aber war die Not schon so groß, dass nur noch Spendenmittel helfen konnten? Offenbar lag es daran nicht. Auf der Plattform Gofundme.com schrieben die Betreiber des Treffpunkts selbst, dass Niedersachsens Sozialministerium Zahlungen zurückhalte. Was war da los?

Es stimmt jedenfalls nicht ganz, dass das Ministerium zugesagte Förderzahlungen nicht überwiesen hat. Vielmehr sind seit Jahren die Landesförderungen für zahlreiche queere Projekte in Niedersachsen nur möglich, weil man sich einen Kniff hat einfallen lassen. Denn die aktuelle Förderrichtlinie aus dem Jahr 2016 sieht vor, dass Personalkosten nicht gefördert werden können. Weil das für viele queere Projekte aber das Aus bedeuten würde, wird seit einiger Zeit mit Ausnahmeerlassen gearbeitet. Diese müssen allerdings von mehreren Ministeriumsstellen freigegeben werden, gehen also über viele Schreibtische. In diesem Jahr ist es dabei nun offenbar zu einer Verzögerung gekommen, weshalb der Trägerverein des „Checkpoint queer“ sich genötigt sah, auf andere Finanzmittel zu-



Im Dezember 2019 besuchte der LSU-Landesvorstand den „Checkpoint queer“ in Lüneburg. Eric Böttcher vom Checkpoint-Vorstand berichtete damals schon über die prekäre Finanzsituation der Vereins.



rückzugreifen. Seit Ende März ist der Ausnahmeerlass nun in Kraft, so dass der zuständige Landesverband die Fördermittel abrufen kann: Das Queere Netzwerk Niedersachsen (QNN) ist für die Verteilung der Landesförderungen zuständig.

### Beim Checkpoint fehlt die kommunale Förderung

Warum aber musste das queere Zentrum in Lüneburg so rasch reagieren? Grund dafür ist offenbar, dass sich der „Checkpoint queer“ zu großen Teilen aus Landesmitteln und zu sehr geringen Teilen aus Spenden oder Einnahmen bei Veranstaltungen finanziert. Wenn die Hauptförderung nun auf sich warten lässt, ist der Druck größer

als bei anderen, die noch auf eine breite kommunale Unterstützung setzen können – denn diese gibt es beim „Checkpoint queer“ nach wie vor nur vom Landkreis in sehr begrenztem Maße. Hier rächt sich wohl nun ein Fehler aus der Gründungszeit der Einrichtung. Denn offensichtlich hat man damals vergessen, nachhaltig zu denken und eine langfristige Finanzierung einzurichten. Bisherige Versuche, eine kommunale Förderung zu erhalten, sind immer wieder an der Ratspolitik gescheitert.

Einige queere Zentren in Niedersachsen sind zu einer Zeit entstanden, als das QNN mehr als eine Million Euro Fördermittel pro Jahr verteilen konnte. Diese >

Mittel wurden 2019 jedoch drastisch gesenkt. In diesem Jahr hat das QNN nur 355.000 Euro zur Verfügung. Außerdem ist schon angekündigt worden, dass in Zukunft Personalstellen in kommunalen Zentren nicht mehr aus Landesmitteln finanziert werden sollen. Der „Checkpoint queer“ ist also wohl über kurz oder lang (bis spätestens 2021) gezwungen, sich eine weitere Finanzquelle zu erschließen – oder auf komplett ehrenamtliches Engagement umzustellen.

### Förderrichtlinie muss jetzt angepasst werden

Es sei denn, die Förderrichtlinie wird noch einmal grundlegend neu aufgelegt. Die Richtlinie wird ohnehin in diesem Jahr auslaufen. Nun ist die Frage, ob sie einfach verlängert, oder doch auch nachgebessert wird. Dass eigentlich nur Sachkosten gefördert werden können, sollte man bei der Gelegenheit dann vielleicht auch heilen. Denn das ganze Konstrukt, wonach das QNN zwischen Ministerium und Projektträgern vermittelt, basiert ja auch darauf, dass aus den Fördergeldern zumindest die hauptamtlichen Mitarbeiter des QNN finanziert werden. Zudem sieht die aktuelle Richtlinie nur eine Förderhöchstsumme von 20.000 Euro pro Projekt vor. Auch das wurde bisher mit Ausnahmeerlassen auf 60.000 Euro erhöht. Aber auch 60.000 Euro führen dazu, dass eine Unmenge kleiner Anträge anstatt eines großen Antrags gestellt werden müssen, die den



Tagungshaus ohne Gäste: Die Akademie Waldschlösschen bei Göttingen musste ihren Betrieb einstellen – und wurde vorerst mit Spendengeldern gerettet.

Verwaltungsaufwand unnötig aufblähen und die Flexibilität stark einschränken. Sowohl die Nicht-Förderung von Personalkosten als auch die 20.000 Euro-Grenze stammen noch aus einer Zeit als die Gesamthöhe der Fördermittel erheblich niedriger war – passen aber nun nicht mehr zum Fördervolumen und den damit verbundenen Aufgaben und Zielen.

Insgesamt dürften die queeren Zentren in Niedersachsen die aktuelle Corona-Krise zunächst relativ unbeschadet überstehen. Eine Kürzung der Landesfördermittel soll es vorerst nicht geben. Auch die Finanzierung von Ausfallkosten durch die Corona-Krise wird wahrscheinlich gesichert sein. Natürlich eine Information unter Vorbehalt.

Bei den kommunalen Zuschüssen allerdings könnte sich die Krise bald negativ auswirken. Denn durch den Shutdown des öffentlichen Lebens und der Produktion brechen den Kommunen nun auch die Gewerbesteuereinnahmen weg. Damit verringert sich auch der finanzielle Spielraum

für die Förderung von LSBTI-Projekten. Solange das aktuelle Haushaltsjahr noch läuft, ist auch die Finanzierung für queere Projekte wie Zentren oder Jugendgruppen weiterhin gesichert. Wie es danach weiter geht, ist aktuell aber noch nicht absehbar. Einige queere Zentren sind deshalb schon dazu übergegangen, vermehrt um Spenden zu werben – allein um die Ausfälle durch abgesagte Veranstaltungen auszugleichen.

### Spenden retten die Akademie Waldschlösschen

Sehr viel schlechter erging es derweil der Akademie Waldschlösschen (AWS) bei Göttingen. Dem Tagungshaus, das sich auf queere Klientel spezialisiert hat, brechen nun aufgrund der Schutzvorkehrungen vor dem Corona-Virus die Einnahmen weg. Während vom Land geförderte Tagungen aktuell darauf hoffen dürfen, dass etwaige Stornogebühren wohl auch vom Land übernommen werden, kann sich die AWS nur noch bedingt über Wasser halten. Das Waldschlösschen finanziert sich über die Teilnahmegebühren für ihre Tagungen, die nun allesamt abgesagt wurden, und teilt daher das Leid etwa der Heimvolkshochschulen. Die AWS hat daher eine Crowdfunding-Aktion gestartet, um über Spendengelder die Fixkosten während der Corona-Krise weiterbezahlen zu können – mit Erfolg. 74.400 Euro sind insgesamt zusammengekommen, und damit 100 Prozent des avisierten Zielbetrags. 

# Innehalten! Feindbilder überwinden

## Ein Appell an die gesamte LSBTI-Community

**B**evor die Corona-Pandemie die persönlichen Kontakte auf ein Minimum heruntergefahren hat, traf sich Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer mit der Interessengruppe queerer Soldaten und Angehöriger der Bundeswehr (queerBw). Das Ergebnis dieses Treffens war ein Entgegenkommen, eine offizielle Entschuldigung. Unter der Überschrift „Vielfalt im BMVg: Jeder Einzelne wird wertgeschätzt“ wird auf der Internetseite des Verteidigungsministeriums über das Treffen berichtet. AKK bedauere, dass Homo- und Transsexuelle bei der Bundeswehr jahrzehntelang benachteiligt wurden. Zudem habe sie angeordnet, dass ein neues Rehabilitationsgesetz geprüft werden soll.

Was hat das nun mit der Überschrift dieses Artikels zu tun? Für die meisten Leser des ersten Absatzes klingt das vermutlich nach einer tollen Nachricht, eine wichtige Botschaft für uns, als LSU, Community, Bürger dieses Staates. Das sahen aber nicht alle so. Fleißige Kommentatoren aus der Community kritisierten sofort drauf los. So wurde etwa die gewählte Überschrift bemängelt. Wieso? Weil dort von „jedem Einzelnen“ die Rede ist. Und was ist mit den Frauen? Oder gar den Personen, die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen?

Absurd, oder? Noch absurder wird es, wenn man den gesamten Artikel auf der Seite des BMVg liest, denn dort wird AKK in indirekter Form genau so zitiert: „Innerhalb der Bundeswehr werde



Gar kein Gegensatz: AKK trifft sich mit der Interessengruppe queerer Soldaten.

jeder Einzelne und jede Einzelne wertgeschätzt und geachtet.“

Nun zurück zu der Frage, was das mit dem Appell, innezuhalten, zu tun hat. Schon häufig haben wir als Niedersachsen-LSU an dieser Stelle über skurrile Auswüchse der Anfeindungen aus der LSBTI-Community berichtet. Es nimmt mitunter zutiefst absurde Formen an. Das Feindbild will gepflegt werden, selbst in einer vermeintlich toleranten Community. Dass sich Annegret Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin für einen Diskriminierungsschutz für homo- und transsexuelle Soldaten einsetzt, passt da für manche genau so wenig ins Weltbild, wie der Umstand, dass es homo- und transsexuelle Christdemokraten gibt. Immerhin: Mittlerweile sind homo- und transsexuelle Soldaten und Polizisten in der Community offenbar

weithin akzeptiert. Auch diese wurden als Repräsentanten des Staates lange Zeit gemieden, ausgegrenzt oder gar angegriffen von den queeren Freiheitskämpfern.

Wenn wir nun in diesem Jahr sehr viel mehr Zeit daheim und weniger da draußen verbringen, wenn wir die Paraden zum Christopher Street Day absagen und uns über andere Formen der politischen Auseinandersetzung Gedanken machen müssen (und können), sollten wir vielleicht auch noch mal über unsere Feindbilder nachdenken. Vielleicht erkennen wir ja, während wir gemeinsam gegen einen unsichtbaren Feind kämpfen, dass die Christdemokraten gar nicht das Feindbild der Community sein müssen. Und umgekehrt gilt das für die Christdemokraten natürlich auch. 🌈

# Ungarn schränkt diverse Rechte ein

## Orbán nutzt die Krise, um Gesetze für Trans-Personen zu verschärfen

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán (Bild rechts) arbeitet weiter fleißig daran, die erste Diktatur innerhalb der Europäischen Union zu errichten. Im Zuge der Verfestigung der „illiberalen Demokratie“, wie er es nennt, hat er sich nun (begründet mit der Corona-Pandemie) weitere weitreichende Machtbefugnisse vom Parlament übertragen lassen. In diesem hatte seine Regierungskoalition ohnehin bereits eine Zweidrittel-Mehrheit, Medien und Justiz sind in Ungarn massiv zurechtgestutzt. Wahlen soll es nun vorerst auch keine mehr geben. Und der Ministerpräsident regiert per Dekret.



si die europäische LSU, fordert nun den endgültigen Ausschluss der Fidesz-Partei aus der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch CDU und CSU angehören (den ganzen Appell der Alliance dokumentieren wir im Kasten auf

dieser Seite). Aber auch aus der demokratischen Staatengemeinschaft gibt es Protest. Eine Reihe von EU-Mitgliedsländern verdeutlichten Anfang April in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Rechtsstaatlichkeit auch in der Corona-Krise gewahrt werden muss. Ungarn wird in dieser Erklärung, die das Auswärtige Amt veröffentlicht hat, nicht explizit genannt, doch zwischen den Zeilen wird der Zusammenhang offensichtlich. (Die gesamte Erklärung dokumentieren wir im Kasten auf der folgenden Seite.) >

### Es regt sich Widerstand gegen Orbáns Politik

Anfang April hat Orbán nun veranlasst, dass das Leben für Transsexuelle noch ein bisschen schwieriger und unangenehmer werden soll. Neuerdings gilt nämlich in dem Balkan-Staat, dass in den offiziellen Ausweisdokumenten nur noch das bei der Geburt festgestellte Geschlecht eingetragen werden kann. Grundlage für die Beurteilung seien dann nur noch die primären Geschlechtsmerkmale und die Chromosomen. Eine spätere Änderung ist nicht mehr möglich. Das bedeutet also, dass transsexuelle Menschen ihren Geschlechtseintrag nicht mehr ihrem empfundenen Geschlecht anpassen können.

Der Protest gegen Orbáns Machenschaften ließ nicht lange auf sich warten. Die European Centre-right LGBT+ Alliance, qua-

### The European Centre-right LGBT+ Alliance stands by Hungarian transgender persons!

The European Centre-right LGBT+ Alliance has taken note of the current developments in Hungary with horror and disgust and strongly condemns the actions taken by the Hungarian government against transgender persons.

A new discriminating bill was passed to parliament by Deputy Prime Minister Zsolt Semjen earlier this week. The bill states that only “gender at birth” defined as “biological sex” will be recognized as a person’s only gender. The rationale should be that “gender is determined by gender characteristics and chromosomes, which cannot be changed”.

With a pen stroke the Hungarian government removes transgender rights and the opportunity to legally change

genders. Medically and scientifically proven facts are simply negated by a government which increasingly shows dictatorial qualities. Viktor Orbán is abusing the Corona crisis to further expand his power at the expense of democratic structures as well as European and Christian values.

The Fidesz party must be held accountable for this development! The European People’s Party (EPP) currently has been suspending Fidesz’ membership. The European Centre-right LGBT+ Alliance expects the EPP to react swiftly and emphatically to this tremendous attack on human rights and fundamental freedoms as stated in Article 3 of the EPP’s statutes and finally expel Fidesz from the EPP. 🇪🇺

**D**och zurück zur inhaltlichen Frage: **Wie hält es denn die Bundesrepublik mit den Transsexuellen?** In Deutschland regelt seit 1981 das Transsexuellengesetz (TSG) juristisch dieses Themenfeld. Darin ist zum Beispiel geregelt, dass nach einem Gutachterverfahren, bei dem die Transsexualität festgestellt und eine mögliche psychische Erkrankung ausgeschlossen wird, der Geschlechtseintrag geändert werden kann. Seit dem vorvergangenen Jahr gibt es in Deutschland sogar die Option des dritten Geschlechtseintrags – neben männlich und weiblich noch divers.

Doch das Transsexuellengesetz ist umstritten. Im Zentrum der Kritik steht noch die Anforderung an die antragstellenden Personen, zwei voneinander unabhängige medizinische beziehungsweise psychiatrische Gutachten in einem Gerichtsverfahren beizubringen. Von vielen Transsexuellen wird das als demütigend empfunden, zudem sind die Kosten von bis zu 10.000 Euro für die Gutachten nur schwer zu bezahlen. Tatsächlich fehlt eine Standardisierung bei der Begutachtung, wodurch sonderbare Testsituationen entstehen können. Aus der Trans\*Community gibt es daher die Forderung, das TSG komplett abzuschaffen und das Gutachterverfahren gleich mit zu begraben. Die LSU hingegen fordert, ein Beraterverfahren an die Stelle des Gutachterverfahrens zu stellen, um die herausfordernde Phase der Transition (der Geschlechtsangleichung) zu begleiten.

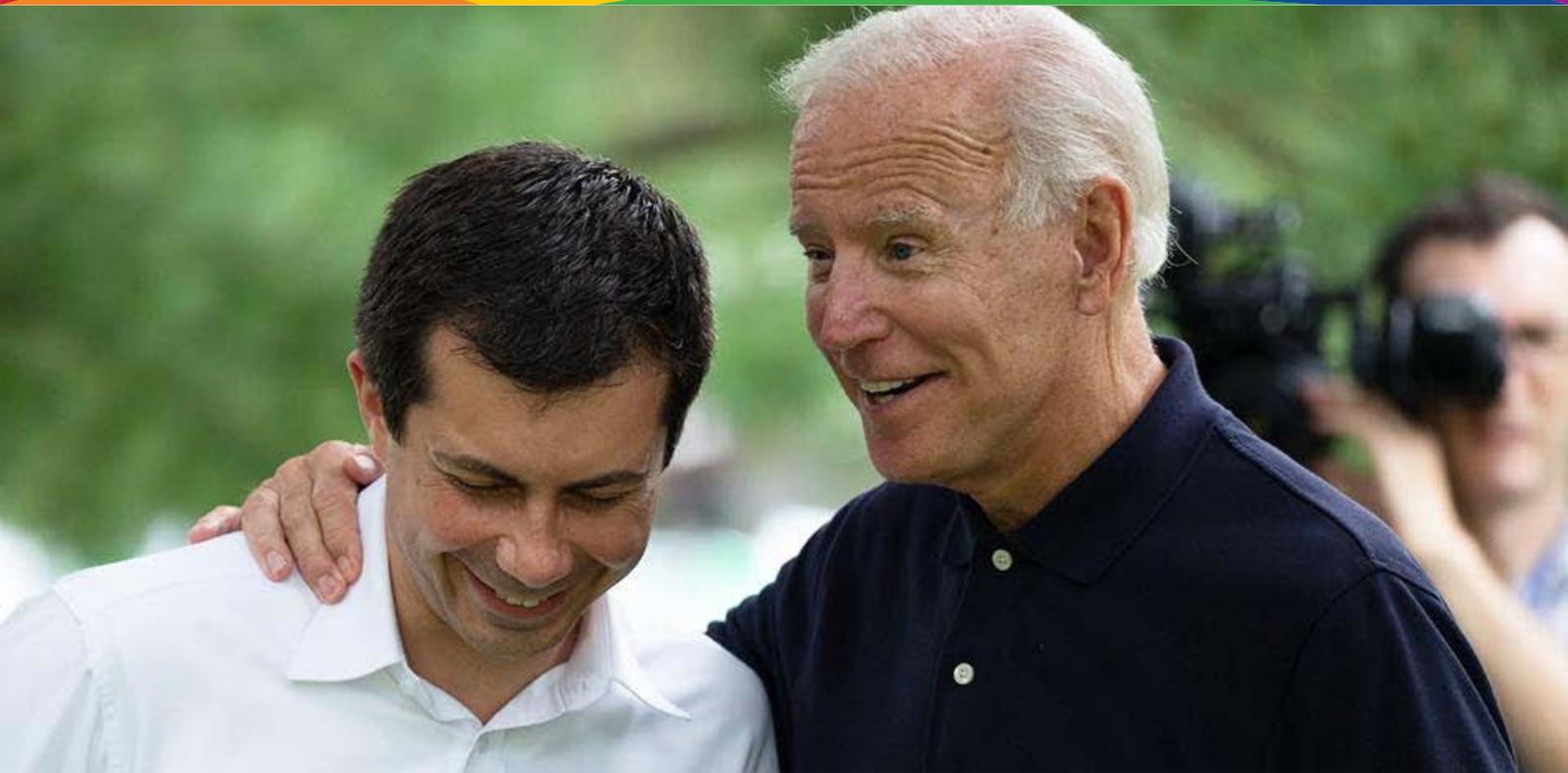
Im Mai des vergangenen Jahres hatte das von **Horst Seehofer** (CSU) geführte Bundesinnenministerium tatsächlich einen Referentenentwurf für eine Änderung des Transsexuellengesetzes vorgelegt. Der Bundesvorsitzende der LSU, **Alexander Vogt**, lobte diesen Vorstoß zuerst, rüdderte dann aber nach einem Blick in die Detailbestimmungen wieder zurück. In seinen Augen handelte es sich bei dem dort vorgeschlagenen vermeintlichen Beraterverfahren eigentlich um ein „verkapptes Gutachterverfahren“.

Aktuell gibt es offenbar keine weitere Bewegung bei der Reform des Transsexuellengesetzes. Beim Treffen der Niedersachsen-LSU mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Gitta Connemann**, Anfang Februar in Leer war auch das TSG Thema. Gitta Connemann informierte sich daraufhin bei ihrem Fraktionskollegen **Axel Müller**, der der zuständige Berichterstatter für das Themenfeld ist. Dieser berichtete allerdings, dass weder ein Eckpunktepapier noch ein Entwurf vom Bundesjustizministerium vorliegen. Müller sei aber mit den Trans-Interessenverbänden in Kontakt. Diese signalisierten den deutlichen Handlungsbedarf. Allerdings bestehe wohl noch Uneinigkeit in der Frage des besten Weges: Sollte das Transsexuellengesetz oder besser das Abstammungsgesetz geändert werden? Der Abstimmungsprozess dauert noch an. 

## Gemeinsame Erklärung zu Rechtsstaatlichkeit in Zeiten von Covid-19

Erklärung von Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien und Schweden

**I**n dieser beispiellosen Situation ist es legitim, dass die Mitgliedstaaten außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen, um ihre Bürger zu schützen und die Krise zu überwinden. Wir sind jedoch tief besorgt angesichts der Gefahr, dass die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte durch das Ergreifen gewisser Notfallmaßnahmen verletzt werden. Notfallmaßnahmen sollten sich auf das Allernötigste beschränken, angemessen und befristet sein, regelmäßig geprüft werden und die oben genannten Prinzipien und völkerrechtlichen Verpflichtungen wahren. Sie sollten nicht die freie Meinungsäußerung oder die Pressefreiheit einschränken. Wir müssen diese Krise gemeinsam überwinden und unsere europäischen Grundsätze und Werte auf diesem Weg gemeinsam aufrechterhalten. Wir unterstützen daher die Initiative der Europäischen Kommission, die Notfallmaßnahmen und ihre Anwendung zu überwachen, um sicherzustellen, dass die Grundwerte der Europäischen Union gewahrt werden, und fordern den Rat für Allgemeine Angelegenheiten auf, sich gegebenenfalls mit der Angelegenheit zu befassen. 



## Ein liberaler Christdemokrat

Joe Biden und Pete Buttigieg wären das LSU-Dreamteam

**E**igentlich war der natürliche Partner der CDU auf der anderen Seite des Atlantiks eher die Republikanische Partei. Ronald Reagan, George Bush (Vater und Sohn) und nun Donald Trump? Da war dann endgültig Schluss. Schon im vorherigen Präsidentschaftswahlkampf äußerten führende Unionspolitiker deutliche Sympathien für die Kandidatin der US-Demokraten, Hillary Clinton. „Die CDU hat sich in den vergangenen Jahren als Volkspartei der gesamten Gesellschaft geöffnet, bei den Republikanern steht diese Öffnung noch aus“, sagte damals etwa Armin Laschet. Auch Ursula von der Leyen hat vor einigen Jahren bei einem Besuch in den USA vor Studenten die CDU als „so etwas wie die deutsche Version der Demokraten“ bezeichnet.

Jetzt ist klar: Joe Biden wird gegen Donald Trump antreten. Für

uns als LSU sollte das Anlass zur Freude sein, denn zwischen den bisherigen Polen vom populistisch-nationalistische Trump bis zum populistisch-linken Bernie Sanders steht Biden für die bürgerliche Mitte und ist zugleich gesellschaftspolitisch liberal.

Der frühere Obama-Vize ist

zwar wahrlich nicht mehr der Jüngste – aber die Jungen sind nun eh alle raus. Immerhin: Der jüngste Bewerber, Pete Buttigieg, sprach sich für Biden aus. Buttigieg machte gleich aufgrund mehrerer Merkmale auf sich aufmerksam. Natürlich, er ist schwul. Aber das Besondere daran war >

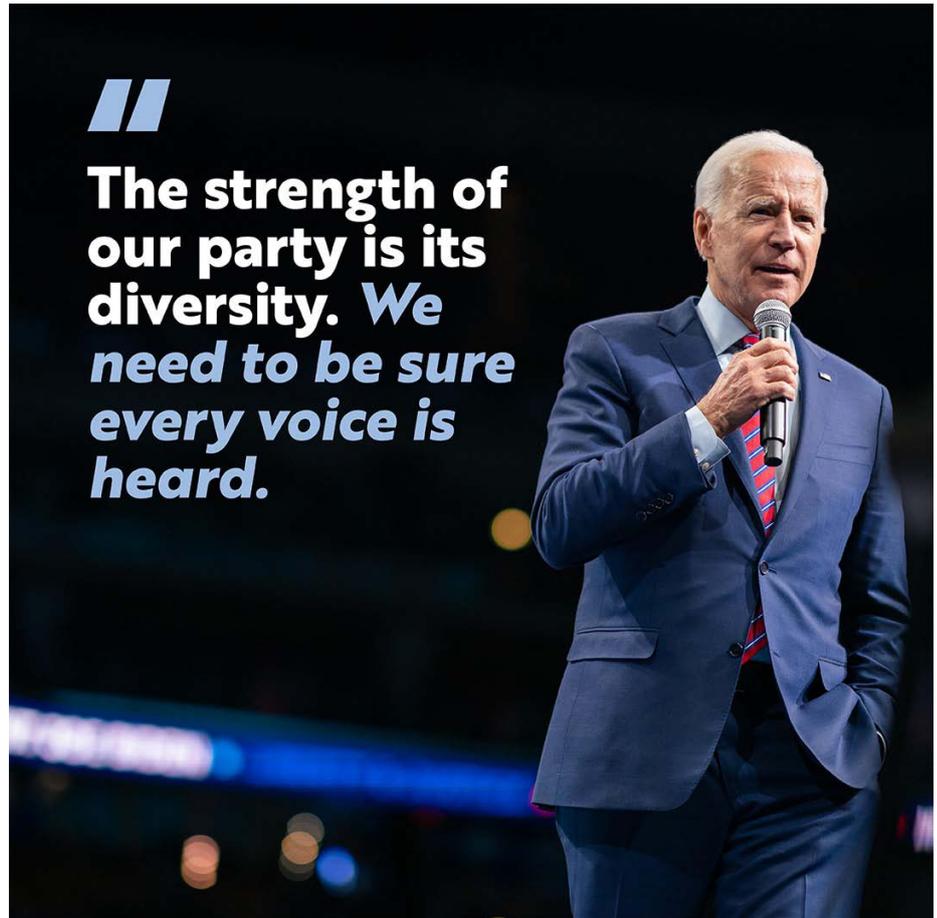


die ganze Zeit, dass es gar nicht so besonders wichtig war. Dann kann er noch keine große Staatskarriere vorweisen, war bisher nur Bürgermeister. Doch so bildet er einen Gegenpunkt zum vielbeschworenen „Establishment“. Viel entscheidender ist vielleicht, dass er ein Brückenbauer ist. In seinem Wahlkampfteam waren viele Ex-Republikaner. Einige sollen erst kurz vor den Vorwahlen die Partei gewechselt haben. Er steht nicht am linken Rand, sondern fest verwurzelt in der Mitte. Buttigieg ist das Leitbild des schwulen Normalos, die US-Version von Jens Spahn vielleicht?

### Christdemokrat mit Sinn für LSBTI-Rechte

Buttigieg empfiehlt nun Biden. Wieso? Biden steht genauso mitig wie er, das Magazin „Foreign Policy“ (FP) klassifizierte ihn kürzlich sogar als „nicht liberal, nicht moderat“ – sondern christdemokratisch! Diesen Parteytypus kennen die US-Amerikaner natürlich gar nicht. Deren Parteysystem ist geprägt vom Mit- und Gegeneinander der Republikaner und der Demokraten. So erklärt FP seiner Leserschaft diese politische Orientierung anhand der großen christdemokratischen Parteien Europas. Der Italiener Alcide de Gaspari (Democrazia Cristiana), der Franzose Robert Schuman oder der Deutsche Konrad Adenauer stünden für diese christdemokratische Tradition, die heute noch fortlebe in Bundeskanzlerin Angela Merkel oder EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Was Biden mit diesen Staatsmännern und -frauen verbinde, sei das integrierende Politikverständnis. Wo andere spalten, Grä-



ben ziehen und die Gesellschaft auseinandertreiben, sehen es Christdemokraten als ihre Aufgabe, das Verbindende zu suchen, Nation und Gesellschaft zu einen und Ausgleich herbeizuführen. Würde, Ehre, Anstand und harte Arbeit seien die Werte, an denen sich Christdemokraten und auch Joe Biden orientierten.

Biden wäre aber auch für die LSBTI-Community ein hervorragender Kandidat, und zwar nicht nur, weil er von Buttigieg unterstützt wird. Dass kürzlich sogar das queere Kampforgan „queer.de“ Biden als den „progressivsten US-Präsidenten aller Zeiten“ bezeichnete, darf getrost als ein ganz besonderes Gütesiegel für den eigentlich sehr bürgerlich-konservativen Kandidaten gewertet werden. Wie begründet queer.de diese These? Zunächst mit Bidens Vergangenheit. So sei es ihm zu verdanken, dass die US-Army

die unsägliche „Don’t ask, don’t tell“-Regelung abgeschafft hat. Biden war es auch, der 2012 der Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare den Weg ebnete, indem er als Vizepräsident öffentlich sagte: „Ich bin absolut im Reinen mit der Tatsache, dass Männer, die Männer heiraten, Frauen, die Frauen heiraten, und heterosexuelle Männer und Frauen, die heiraten, die genau gleichen Rechte haben, alle Bürgerrechte, alle bürgerlichen Freiheiten. Und ehrlich gesagt sehe ich darüber hinaus keinen großen Unterschied. Liebe ist Liebe.“

Ferner zählt queer.de elf weitere, in die Zukunft gerichtete Punkte auf, die Biden als progressivsten Präsidenten auszeichnen. Es reicht vom Widerspruch gegen das „Religious Freedom“-Gesetz und geht bis zur Wiederaufnahme von Transsexuellen beim Militär. Die Lektüre lohnt sich. 🌈

# Wenn wir jetzt reisen könnten...

Kanada, Malta und Schweden liegen vorn im Gay Travel Index 2020

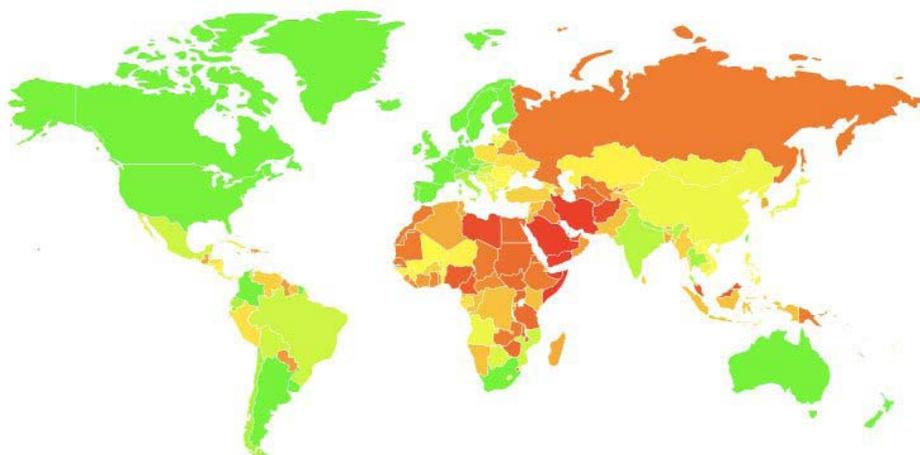
**A**n Urlaub ist zurzeit eigentlich nicht zu denken. Nicht einmal eine Urlaubsreise innerhalb Niedersachsens ist während der Corona-Krise erlaubt. Für alle, die in der häuslichen Isolation nun aber das Fernweh plagt, hat der „Spartacus – International Gay Guide“ wieder seinen Gay Travel Index veröffentlicht.

Insgesamt 202 Staaten hat das schwule Reiseportal bewertet. Wie hält es ein Staat mit der Antidiskriminierungsgesetzgebung? Gibt es die Ehe auch für Lesben und Schwule und sind Adoptionen erlaubt? Genießen Transsexuelle Rechte und gibt es das dritte Geschlecht? Sind Konversionstherapien verboten oder droht LSBTI die Todesstrafe?

In den oberen Reihen des Rankings machen kleine Veränderungen schon große Sprünge aus. Nach der neuen Ordnung landen Kanada, Malta und Schweden nun gleichauf auf Platz eins. Im vergangenen Jahr waren es Kanada, Portugal und Schweden. Portugal rutscht nun ab auf Platz 10 und trifft dort auf Deutschland. Die Bundesrepublik hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert und steigt von Platz 23 auf. Für die USA gibt es eine Sonder-Übersicht nach Bundesstaaten, weil die Unterschiede so groß sind.

Übrigens: Ungarn landet noch auf Platz 49, Polen auf Platz 103. In den Iran, Saudi Arabien, Somalia und erst recht Tschetschenien sollten LSBTI besser nicht reisen, denn dort drohen Folter und Lebensgefahr.

spartacus | Gay Travel Index



Mehr dazu: [spartacus.gayguide.travel/blog/spartacus-gay-travel-index/](https://spartacus.gayguide.travel/blog/spartacus-gay-travel-index/)

1	Kanada, Malta, Schweden
4	Österreich
5	Argentinien, Niederlande, Spanien, Großbritannien, Uruguay
10	Dänemark, Deutschland, Island, Neuseeland, Portugal
15	Belgien, Kolumbien, Schweiz
18	Österreich, Finnland, Luxemburg, Norwege, Reunion
23	Frankreich, Gibraltar, Grönland, Irland, Israel, Puerto Rico, Südafrika, Taiwan
31	Französisch-Polynesien, Neukaledonien, USA
34	Andorra, Guadeloupe, Martinique, Slovenien
49	Bermuda, Bolivien, Brasilien, Kroatien, Ungarn, Mexiko, Mosambik
103	Belize, Gabon, Georgien, Honduras, Kirgistan, Peru, Polen, Ukraine
199	Iran, Saudi Arabien
201	Somalia
202	Tschetschenien

# So geht es weiter

## in der Mai-Ausgabe...



Foto: Margaret Bourke-White

### 75 Jahre Befreiung

#### Ein Rückblick auf eine Zeit der Widersprüche

Am 8. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland endgültig – ein Tag der Befreiung! Doch ganz so eindeutig war die Deutung nicht immer, die Zeit war geprägt von Widersprüchlichkeiten. Das Ende der Diktatur war die Geburtsstunde der CDU, doch dauerte es bis 1985, dass ein führender Christdemokrat von Befreiung sprechen mochte. Für die Schwulen bedeutete 1945 zunächst Freiheit, doch dann sehr bald erneut Verfolgung.



Foto: Hannappel/AHN

### Was Aids über Corona lehrt

#### Interview mit der Aids-Hilfe Niedersachsen

Die Corona-Epidemie steuert in Deutschland auf ihren Höhepunkt zu. Der Blick auf den globalen Ausbruch von HIV/Aids Ende der 1970er Jahre zeigt, dass weltweit vernetztes Forschen, der Austausch von Wissen, eine konsequente Aufklärungsarbeit, zielgruppenspezifische Ansprachen und Präventionsansätze hilfreich sind, um einer tödlichen Pandemie den Schrecken zu nehmen. Der Vorstand der Aids-Hilfe Niedersachsen im Interview.



Foto: LSU Oldenburg

### Der CSD geht online

#### Wie Demo digital funktioniert und was uns fehlt

Großveranstaltungen werden aufgrund der Corona-Pandemie in Deutschland bis mindestens Ende August untersagt. Das bedeutet auch für die allermeisten Paraden und Straßenfeste zum Christopher Street Day das Aus. Doch die Community lässt sich nicht unterkriegen. Viele Organisatoren weichen auf digitale Alternativen aus. Wie kann das gelingen? Und was fehlt uns eigentlich, wenn der CSD ausfällt?

## Debatte

### Wir wollen mit Euch in die Debatte gehen.

Schreibt uns Eure Meinung zu den Themen unseres Magazins an [alexander.vanderwardt@lsu-online.de](mailto:alexander.vanderwardt@lsu-online.de)